

# Vorwärts

10 Pfennig

Freitag  
6. August 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr  
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 66, Cindenzstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

### Schröders letzte Hoffnung.

Er widerruft vor - Kölling.

Der Raubmörder Schröder hat vor dem Untersuchungsrichter Kölling sein Geständnis widerrufen. Das war vorauszusehen. Er kämpft um seinen Kopf - man kann auch sagen, um jeden Tag. Interessant ist nur, wie sich die Stellung des Untersuchungsrichters im Behördenkonflikt im Kopfe des Raubmörders malt.

Eine Bedeutung für den Beweis gegen Schröder hat dieser Widerruf nicht. Es bleibt das Geständnis der Göge, es bleibt der Indizienbeweis, es bleibt das Geständnis Schröders selbst, das mit diesem Widerruf als Beweismittel nicht aus der Welt geschafft ist.

Es hat höchstens eine Bedeutung für Kölling. Während heute morgen die gesamte Rechtspreffe ihre niederträchtige Hege gegen die preußische Regierung abbrechen mußte, hat die „Deutsche Zeitung“ noch eine letzte Hoffnung auf Kölling und auf Schröder gesetzt. Sie schrieb:

„Nach allem, was man bisher erlebt hat, wird man erst Magdeburger Nachrichten abwarten müssen, um die Bedeutung der obigen Berliner amtlichen Erklärung erkennen zu können.“

Kölling hißt! Nun, die Hoffnung auf Magdeburg ist nicht enttäuscht worden. Schröder hat sein Geständnis widerrufen, und Kölling hat den Widerruf der Presse mitgeteilt. Eine letzte Chance, die Hege noch einen halben Tag lang fortzusetzen.

Aber was für eine Chance!

Wird nun endlich das Justizministerium gegen Kölling vorgehen?

Eine Ueberraschung, die keine ist.

Magdeburg, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Schröder ist wieder in das Untersuchungsgefängnis übergeführt worden und soll dort nach Angaben von Berichtstattern, die ihre Informationen von Kölling beziehen, sein Geständnis, das er der alleinige Mörder Hellings war und aus eigenem Antriebe den Mord ausgeführt hat, widerrufen haben. Wenn auch dieser Widerruf keine Bedeutung für die Klärung des Sachverhaltes hat - denn Schröder gestand unter der Last des urtümlichen Beweismaterials der Berliner Kriminalisten - so läßt doch der unmittelbare Widerruf nach der Einlieferung in das Untersuchungsgefängnis sehr bedeutungsvolle Rückschlüsse zu. Un-

mittelbar nach der amtlichen Bestätigung des Geständnisses Schröders wurde angenommen, daß Haas, Fischer und Reuter sofort von Kölling auf freien Fuß gesetzt werden. Nachdem das am Freitag vormittag noch nicht geschehen ist, hat der Verteidiger von Haas bei der Beschwerdekammer einen beschleunigten Antrag auf Haftentlassung eingebracht, in dem er bittet, nicht mehr durch Nachprüfung keines umfassenden Entlastungsmaterials die Freilassung zu verzögern, denn durch das Geständnis Schröders erübrige sich alles andere. Es ist anzunehmen, daß Haas noch heute oder spätestens morgen entlassen werden wird.

Kölling, der Schröder nur nach schwerem Zögern aus seinem Nachbereich, dem Untersuchungsgefängnis, in das Polizeigeängnis überführen ließ, beharrte auf sofortiger Zurück-erstattung Schröders. Dieser selbst hatte wenig Neigung, wieder zu Kölling zurückzukehren. Er genierte sich etwas und hatte vor allen Dingen nach seinen eigenen Angaben Angst, vor neuem in die Zelle genommen zu werden. Nach seinem Geständnis war er in bester Laune und sagte zu Kriminalkommissar Dr. Riemann: „Wir beide sind jetzt die berühmtesten Leute in Deutschland!“ Diese Befriedigung seiner Ruhmgier (man denke an die künstlichen Schmiss, an den falschen Doktor usw.) stimmte ihn sogar frohlich. Es ist falsch, anzunehmen, Schröder sei ein raffinierter, systematisch sich entlastender Gauner. Irgendwo steckt ein Kern (vielleicht ist auch das nur Eitelkeit) Wahrhaftigkeit in ihm. Er sträubte sich bei allen Gegenüberstellungen dagegen, Haas, Reuter oder Fischer direkt ins Gesicht zu sagen, was er vorher von ihnen behauptet hatte. Als Haas in seiner Gegenwart gegen die Annahme protestierte, daß er in Rottmerleben gewesen sei, wick Schröder aus und sagte: „Dann müssen Sie einen Doppelgänger haben.“ Als Reuter ihn sehr energisch anging und bemerkte, wie Schröder zu der Behauptung komme, er, Reuter, habe die Leiche transportiert, drehe sich Schröder um und verweigerte die Aussage mit dem Bemerkten: „Ich habe ja schon alles gesagt.“

Ob es wahr ist, daß Schröder sich bei dem Verhör, das mit seinem Geständnis endete, nachher auf die Frage: „Wie sind Sie denn eigentlich auf Haas verfallen?“ sagte, „Untersuchungsrichter Kölling habe ihm Haas, den er vorher nie gesehen hatte, als Mann mit roten Baden und schwarzem Haar beschrieben“, konnten wir nicht nachprüfen. Die amtlichen Stellen verweigern darüber jede Auskunft. Sowohl der Polizeipräsident wie die Regierung schließen sich schon seit Tagen hermetisch von der Öffentlichkeit ab.

### Bayerische Dunkelheiten.

Der Boden der Fememorde.

Aus Bayern wird uns geschrieben:

Ein typischer Fall, dessen forensische Aufrollung vielleicht Licht in Zusammenhänge wirft, welche für die bayerischen Zustände bezeichnend, ja von historischer Bedeutung sind. Gleich vielen anderen war auch der junge Studentlehrer Gareis aus innerster Ueberzeugung zu der Sozialdemokratie gekommen. Das war etwas Unerhörtes an dem „katholischen“ Gymnasium Aschaffenburg, und den Kenner der bayerischen Verhältnisse kann es nicht überraschen, daß alle Hebel in Bewegung gesetzt wurden, um den Rißliebigen zu entfernen. So verfuhr man nach dem bei der Marine üblichen Rezepte, nach dem tüchtige Offiziere, die ein offenes Wort der Kritik nicht scheuten, in den Admiralsstab verpackt wurden, um sie mundtot zu machen: Gareis wurde - ausgerechnet nach München verpackt. Daß ihn die besten „Empfehlungen“ dahin begleiteten, braucht nicht gesagt zu werden. Es wäre aber lehrreich, wenn in dem zu erwartenden Verfahren auch diese Zusammenhänge aufgedeckt würden, welche durch gewisse Begleitumstände noch an Interesse gewinnen.

Aschaffenburg, der Wirkort des ermordeten Gareis, war nämlich dazu ausersehen, die ersten „Exempel“ in der Ordnungszelle Bayern zu statuieren. Der damalige erste Staatsanwalt hatte die ersten Anklagen gegen die „Räuführer“ zu vertreten, und er hatte für diesen Fall hinsichtlich des Strafmaßes gewisse Direktiven aus München erhalten. So kamen zuerst der Lehrer Hartig, der sich später den bayerischen Glaub von den Füßen schüttelte, und der Buchdrucker Stod vor das Volksgericht; ihnen folgten die „Näbelsführer“ aus Lohr. Der Erste Staatsanwalt hatte seine Sache so gut gemacht, daß er - nach München befördert wurde. Inzwischen wurde die Orgelei rührig organisiert; das Aschaffenburg Schloß wurde mit Waffen gefüllt. Die Verbindung nach München rief um so weniger ab, als der Oberbürgermeister von Aschaffenburg in München seinen Bruder, den nachmaligen Kultusminister Dr. Witt, sitzen hatte. Besonders rührig arbeitete aber daselbst zugleich der Vertrauensmann des Herrn von Soden, der eifrig überall durch Spiegel in den Versammlungen vertreten war. Dieser Vertrauensmann war der beim Oberbürgermeister beliebteste Beamte der Kriminalpolizei in Aschaffenburg. Er lieferte seine Geheimberichte an Herrn von Soden, und es gehört kein besonderer Scharfsinn dazu, um zu ermeßen, welche Fäden auf diese Weise gesponnen wurden, für den Fernsehenden unerkennbar.

Daneben war ein weiteres Spitzelsystem organisiert, das im wesentlichen von der Großindustrie, vor allem von der Maschinenfabrik Augsburg-München subventioniert wurde, deren Haupt bekanntlich der monarchistisch-partikularistische Frhr. von Kramer-Allett ist. Die „Geschäftsführer“ dieser Zentren waren Offiziere der Brigade Ehrhardt, vor allem in Würzburg ein gewisser Otto, der sein politisches Gewerbe unter dem Deckmantel einer Papiergroßhandlung betrieb. Dabei wäre dieser Papiergroßhändler in die größte Verlegenheit gekommen, wenn er ein Ries Papier oder 100 Briefumschläge hätte liefern sollen. Diese Kreise standen in enger Führung mit der Münchener Polizeidirektion, wo die Führer ungehindert ein- und ausgingen. Hilfsagenten wurden dadurch legitimiert, daß ein Stück Papier ungleich durchdringt wurde; das eine Ende wurde eingeschickt, das andere Ende erhielt der Agent als Legitimation.

Die Zentrale außerhalb des Münchener Polizeipräsidentiums befand sich im Ringhotel am Sendlingerplatz in München. Ringhotel und Polizeidirektion arbeiteten aufs engste zusammen - Ordnungsblock und Ordnungszelle. Die Akten des Ringhotels würden einen tiefen Einblick in gewisse Vorgänge und Zusammenhänge gewinnen lassen, wenn sie nicht vernichtet oder doch beiseite geschafft worden wären, Einblicke in das monarchistische und separatistische Treiben in München und in Bayern überhaupt. Es wird viel darauf ankommen, in diese Zustände hineinzuleuchten und diese Kreise endlich unter Eid zum Reden zu bringen, die so lange ungestört ihr Treiben fortsetzen konnten, bis selbst der M.A.N. und deren für diese Dinge verantwortlichen Syndikus Dr. Glaser der Atem ausging. Für die Herren vom Ordnungsblock im Ringhotel war die Polizeidirektion stets die austunft- und dienstbereite Filiale.

Ein letztes kommt dazu. Es ist altentwöhlich nachzuweisen, daß bei Aufstellung der Reichswehr in Bayern nur streng „nationale“ Kreise Berücksichtigung fanden. Welche verheerende Gefinnung in diesen Kreisen herrschte - dafür zwei besonders charakteristische Beispiele! Als die Franzosen Frankfurt a. M. besetzt hatten und ihre Vorposten vorschoben, erging ein Geheimbefehl der Brigade Würzburg, in dem die Tatsachen zunächst registriert wurden. Dann hieß es weiter: „Sollten französische Vorposten weiter vorgeschoben werden, dann ist an der bayerischen Grenze bewaffnete Widerstand zu leisten. Die Truppen ziehen sich kämpfend zurück.“ In dem Dreieck Aschaffenburg, Hammelburg, Würzburg sollte allen Ernstes ein Gefecht geliefert werden. Welch unermeßliches Unheil hat damals Deutschland bedroht! Ein zweites! Zur Sicherheit des Reichspräsidenten sollte eine eigene Truppe aus allen Landesteilen zusammen- und aufgestellt werden. Bayern suchte zu dem Zwecke die prozessfähigsten, rabiatesten und monarchistischsten unter den Offizieren und Mannschaften aus.

### Internationale und Abrüstung.

Denkschrift der I.P. an die Internationale.

London, 6. August. (W.T.B.) Die Unabhängige Arbeiterpartei hat dem Vorkommisausschuß der Sozialistischen Arbeiterinternationale eine Denkschrift über ihre Politik in der Abrüstungsfrage unterbreitet. Es heißt darin u. a., die geplante, vom Völkerbund einberufene internationale Abrüstungskonferenz bezwecke die Herbeiführung nicht der gesamten Abrüstung, sondern der „Berminderung und Beschränkung der Rüstungen“. Nach Ansicht der Unabhängigen Arbeiterpartei könne sie daher von wenig Nutzen für die Beseitigung der Kriegsgefahr sein. Die vorbereitende Kommission für die Abrüstungskonferenz erkenne anscheinend die Zwecklosigkeit ihrer Tätigkeit als Mittel zur Verhinderung des Krieges an. Die Politik der daran teilnehmenden Regierungen beweise, daß sie nicht aufrichtig seien. Die britische Regierung führe zum Beispiel fort, Singapore auszubauen, halte ihre militärische Befestigung Indiens und Ägyptens aufrecht, habe die Befestigung des Irak ausgedehnt, halte weiter die Vertragshäfen von China besetzt, beharre auf ihrer Kontrolle Gibraltar und des Suezkanals und lehne es ab, die Anwendung einer Seeblockade aufzugeben oder ihre Haltung gegenüber der „Freiheit der Meere“ abzuwandern.

Diese Handlungen, die auf Grund der Aufrechterhaltung der militärischen und der Flottenmacht begangen würden, zeigten, daß die britische Regierung nicht den aufrichtigen Wunsch habe, die Abrüstung herbeizuführen. Solange die Regierung eine derartige imperialistische Politik forsetze, bestehe keine Aussicht auf Abrüstung oder Sicherheit für den Frieden. Es sei die Gefahr vorhanden, daß jede Vereinbarung zwischen derartigen Regierungen über Herabsetzung oder Beschränkung der Rüstungen nur dazu dienen könnte, ein falsches Sicherheitsgefühl unter den Arbeitern zu erzeugen, indem es ihre Aufmerksamkeit von der falschen und gefährlichen Politik, die verfolgt wird, ablenke. Es sei die Pflicht der sozialistischen Bewegung, dies durch eine beharrliche Blockstellung der imperialistischen Politik, die kriegsfördernd sei, zu verhindern.

Die Zeit sei für die internationalen Sozialisten gekommen, um einen unnachgiebigen Standpunkt gegen den Krieg einzunehmen durch eine vereinte Weltkampagne für eine allgemeine Abrüstung, durch gegenseitige Vereinbarungen und durch die Organisation des Widerstandes der Arbeiterklasse gegen jede Kriegsdrohung, einschließlich die Einstellung der Arbeit in den Schlüsselindustrien und die Weigerung, Kriegsdienste zu tun und Munition anzufertigen. Ferner sei kein wichtiger Schritt in Richtung auf eine Rüstungsbeschränkung wahrscheinlich, wenn die russische Mitarbeit nicht gesichert werde. Die Unabhängige Arbeiterpartei fordere daher, daß neue Anstrengungen gemacht werden, um die Unstimmigkeiten zu beheben, die bisher eine Beteiligung Rußlands verhindert haben.

### Spanien rollt die Ratskrise auf.

Antrag, den Studienauschuß einzuberufen.

Genf, 6. August. (Schweizerische Depeschagentur.) Der Vertreter Spaniens in der Kommission für das Studium der Zusammenfassung des Völkerbundes de Valasco richtete an den Präsidenten dieser Kommission, Bundesrat Motta, ein Schreiben, in welchem er ersucht, das Datum der zweiten Session der Kommission festzusetzen.

### England und Frankreich bemühen sich um Spanien und Brasilien.

London, 6. August. (W.T.B.) Nach dem diplomatischen Korrespondenten der „Morning Post“ bemühen sich Frankreich und Großbritannien weiterhin, Brasilien und Spanien zu einer Nachprüfung ihrer Haltung gegenüber dem Völkerbund zu bringen. Es werde darauf hingewiesen, daß die Absicht dieser beiden Staaten, ihre Verbindung mit dem Völkerbund zu lösen, wenn sie nicht ständige Siege im Rate erhalten, die Tätigkeit des Bundes in Europa nicht behindern werde, obwohl sie eine fruchtbringende Arbeit des Bundes, was Südamerika betreffe, verringern könnte. Von vielen Seiten werde jedoch die Hoffnung ausgedrückt, daß beide Länder sich belehren lassen würden.

### Poincaré regiert die Kammer.

Große Mehrheiten für seine Entwürfe.

Paris, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag nachmittag wurden von der Kammer im Verlauf einer einzigen Sitzung die beiden Entwürfe der Regierung über die Schaffung einer Amortisationskasse und die Erteilung der Ermächtigung an die Bank von Frankreich zum Ankauf ausländischer Devisen und als Gegenwert neue Noten zu drucken, angenommen. Die Diskussion verlief ziemlich inhaltslos. Widerstände traten, außer bei den Sozialisten, nicht auf. Der Sozialist Bedouce erhob allein gegen die beiden Entwürfe formellen Einspruch. Er betonte wiederum, daß besonders der zweite Entwurf eine verhängnisvolle Inflation darstelle. Poincaré hat aber gegen die sozialistischen Bedenken ohne weiteres triumphiert. Beide Entwürfe wurden mit großer Mehrheit angenommen. Der erste mit 420 gegen 140, der zweite mit 365 gegen 181 Stimmen. - Das „Deuare“ schreibt deshalb heute morgen, daß die Kammer auf den Punkt gelangt sei, daß Poincaré mit Vorschlägen kommen kann wie er will, sie nimmt ohne weiteres an. Er habe nicht einmal mehr nötig, das Dringlichkeitsverfahren anzuwenden. Die ganze Debatte spiegle sich so ab, als ob das Dringlichkeitsverfahren in Kraft wäre. Die Kammer gibt sich nicht einmal die Mühe, den Schein zu wahren.





